

# Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller\*in: KV Pankow  
Beschlussdatum: 18.04.2017

## Änderungsantrag zu FH-SF-01

### Von Zeile 61 bis 65 löschen:

Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare Absage. ~~Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden.~~ Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren

## Begründung

Die Konzentration der kriminalpolizeilichen Aufgaben von Bundespolizei, BKA und Zoll läßt keine größere Steigerung der Effektivität im Bereich der Anti-Terrorbekämpfung vermuten. Zum einen sind die Aufgabengebiete der angesprochenen Polizeibehörden sehr unterschiedlich. Die Bundespolizei bearbeitet beispielsweise Fälle der normalen Kriminalität mit Verkehrsbezug. Das BKA hingegen hat u.a. einen seiner Schwerpunkte in der Anti-Terrorer-Bekämpfung. Die Zusammenlegung würde eine Überfrachtung des BKAs mit "normaler" Vorgangsbearbeitung bedeuten. Im Übrigen sind die Ermittlungsgruppen der Bundespolizei dezentral organisiert in über 60 Dienststellen, während das BKA als Bundesoberbehörde nur in drei Städten Dienstsitze unterhält.

Unverständlich ist auch, warum ausgerechnet jetzt die Verlagerung von kriminalpolizeilichen Kompetenzen zum BKA gefordert wird. Immerhin wurde gerade erst die "Zentralstelle für Verdachtsmeldungen im Bereich Geldwäsche und Terrorfinanzierung" aus dem BKA in die Zollverwaltung verlegt und als "Zentralstelle für Finanztransaktions-Untersuchungen" (auch Financial Intelligence Unit (FIU) genannt) neu aufgestellt. Dies geschah auf eine Empfehlung der "Financial Action Task Force (FATF)" der OECD.